

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Dr. Valerie Wilms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/4040 –**

Strategie für Klimaschutz im Verkehr vorlegen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, klare CO₂-Reduktionsziele mit überprüfbaren Zeitplänen für die Jahre 2020, 2030, 2040 und 2050 für den Verkehrsbereich zu definieren und für die Umsetzung die in dem Antrag dazu genannten Maßnahmen zu ergreifen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/4040 abzulehnen.

Berlin, den 6. September 2011

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Daniela Ludwig
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Daniela Ludwig

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/4040** in seiner 85. Sitzung am 21. Januar 2011 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet vor allem, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, klare CO₂-Reduktionsziele mit überprüfbaren Zeitplänen für die Jahre 2020, 2030, 2040 und 2050 für den Verkehrsbereich zu definieren und für die Umsetzung die dazu in dem Antrag genannten Maßnahmen zu ergreifen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/4040 in seiner 41. Sitzung am 9. Februar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 9. Februar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 9. Februar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/4040 in seiner 32. Sitzung am 16. März 2011 gemeinsam mit einer Reihe thematisch verwandter EU-Vorlagen (Ratsdok. 11857/1/08 REV 1, Ratsdok. 11841/08, Ratsdok. 11851/08, EuB-EP 1901) beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** vertrat die Auffassung, dass das Energiekonzept der Bundesregierung speziell für den Verkehrssektor über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinausgehe. Die Bundesregierung strebe an, im Verkehrssektor bis 2050 den Energieverbrauch um 10 bis 40 Prozent zu senken. Auch der Verbrauch nichtfossiler Energieträger werde im Energiekonzept – anders als in dem Antrag – erfasst. Daher lehne man den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte, dass das vom Bundesminister Dr. Peter Ramsauer vor einem halben Jahr in Aussicht gestellte Maßnahmenpaket zum Klimaschutz immer noch nicht vorliege. Es sei daher zu begrüßen, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihrem Antrag einen Anstoß gebe und die zu erörternden Themenfelder für den Verkehrsbereich benenne. Es gebe aber in dem Antrag inhaltliche Positionen, welche sie als problematisch ansehe.

Die **Fraktion der FDP** äußerte, die in dem Antrag enthaltenen Maßnahmen böten keine Gewähr für einen wirklichen Klimaschutz. Sie setze sich hingegen für einen Ordnungsrahmen ein, der Umwelteffekte im Verkehrsbereich durch marktwirtschaftliche Instrumente erreiche. Die Bundesregierung sei keineswegs untätig, sondern strebe in ihrem Energiekonzept an, im Verkehrssektor im Zeitrahmen bis 2050, den Energieverbrauch um 10 bis 40 Prozent zu senken.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, man brauche deutlich mehr Klimaschutz, auch im Verkehr. Der Verkehr sei maßgeblich am CO₂-Ausstoß beteiligt und es werde hier ein Einsparpotenzial zwischen 30 und 40 Prozent gesehen. Dieses Ziel müsse man anstreben und es sei auch erreichbar. Die Richtung des Antrags begrüße sie, bei einzelnen Punkten gebe es aber einen Dissens.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vertrat die Auffassung, man dürfe sich im Bereich Verkehr nicht auf Einzelmaßnahmen beschränken, sondern benötige ein Gesamtkonzept für die Reduzierung von Treibhausgasen im Verkehrssektor. Effizienzgewinne bei Einzelfahrzeugen würden zu einem großen Teil durch das Verkehrswachstum verzehrt. Sie vermisse bei denjenigen, die ihren Antrag kritisierten, Alternativkonzepte.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4040.

Berlin, den 6. September 2011

Daniela Ludwig
Berichterstatlerin

